V-13 Im Sinne der Demokratie: Tragfähige Lösungen mit dem Mut zum eigenen Kompass!

Gremium:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW
Beschlussdatum:	11.04.2025
Tagesordnungspunkt:	8. Verschiedenes

Antragstext

Im Sinne der Demokratie: Tragfähige Lösungen mit dem Mut zum eigenen Kompass!

Als GRÜNE NRW erkennen wir die Realitäten unserer Gesellschaft an und arbeiten an konkreten Lösungen. Dabei nehmen gegenwärtig insbesondere sicherheitspolitische Fragestellungen eine bedeutende Rolle ein.

Mit Blick auf die Bundestagswahl fällt neben allen parteipolitischen Fragestellungen eine grundsätzliche Entwicklung auf, die tiefe Sorge bereitet: Das schmerzhafte Erstarken der AfD. Wir sind überzeugt: es braucht einen Kampf auf allen Ebenen und gleichzeitig eine Politik, die aufrichtige Lösungen bietet. Dabei erkennen wir, dass der allgemeine gesellschaftliche Rechtsruck diese Entwicklung befördert und dringend einer glaubwürdigen Gegenerzählung bedarf.

Eine Politik, die aufrichtige Lösungen bietet, ist das wirksamste Mittel gegen faschistische Tendenzen. Daher vertreten wir einen konsequenten Kurs im Sinne grüner Politik, um linke Lösungen innerhalb der gegenwärtigen Regierungsbeteiligung möglich zu machen.

Vor dem Hintergrund sich weiter zuspitzender Engpässe der öffentlichen Haushalte müssen Prioritäten gesetzt werden. Dazu wollen wir die sicherheitspolitische Debatte weiten und gezielt Projekte in den Blick nehmen, die sich fachpolitisch wie finanzwirtschaftlich auszahlen, wie wir es in der Präventionssäule des Maßnahmenpakets nach Solingen angelegt haben.

Wo Kommunen in der Verschuldung versinken, ist die Demokratie auf dem Rückzug!

Die kommunale Verschuldung beläuft sich in NRW auf beinahe 50 Milliarden Euro, der Investitionsstau der öffentlichen Hand liegt auf identischem Niveau (2023). Strukturwandel und Rückgang von Arbeitsplätzen haben insbesondere in NRW in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur die Einnahmensituation der Städte und Gemeinden verschlechtert, sondern im gleichen Zuge für einen dramatischen Rückgang an Lebensqualität ganzer Stadtteile gesorgt. Geopolitische Veränderungen bringen heute weitere Risiken für das Zuliefererland NRW mit sich.

Die politische Antwort lautete hier zu lange: „Einsparen und auf Verschleiß fahren“ Doch wo sich der Staat zurückzieht und Schwimmbäder nicht mehr Instand setzt, Stadtteilbibliotheken schließen und den ÖPNV ausdünnen lässt, leiden diejenigen, die auf eine robuste öffentliche Infrastruktur angewiesen sind. Daher ist es richtig, dass wir gemeinsam mit der CDU in der Landesregierung einen konkreten Plan zur Altschuldenlösung vorgelegt haben. Es ist nun an der neuen Bundesregierung, die bestehende Finanzierungslücke für diesen Vorschlag zu schließen. Der Bund darf sich nicht hinter dem Land verstecken. Jetzt ist die Zeit, dass die neue Bundesregierung sich für starke Kommunen bekennt und den Weg für eine auskömmliche Bundesbeteiligung am Altschuldenfond frei macht.

Gleichzeitig befindet sich auch das Land Nordrhein-Westfalen in einer finanziell angespannten Situation. Für das Haushaltsjahr 2025 haben wir als Teil der Landesregierung eine Priorisierung der Haushaltsmittel auf besonders relevante Bereiche vorgenommen, um in schwierigen Zeiten Verantwortung für die Modernisierung und Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Landes zu übernehmen.

Dabei müssen wir - gerade gegenüber der CDU - auf die Umsetzung fachpolitisch sinnvoller und im Koalitionsvertrag vereinbarter neuer Einnahmequellen drängen, indem auf mehr Investitionsmöglichkeiten und neue Einnahmequelle, wie die Vermögenssteuer und eine gerechte Erbschaftsteuer eingegangen wird.

Verantwortungsvolle, faktenorientierte und menschenrechtsbasierte Innen- und Migrationspolitik in aufgewühlten Zeiten

Die Landesregierung hat nach dem schrecklichen Attentat in Solingen schnell reagiert und mit einem Maßnahmenpaket für Sicherheit, Migration und Prävention Vorschläge erarbeitet, die unsere Politik auf Augenhöhe mit der neuen Realität bringen sollen. Zu dieser neuen Realität gehört insbesondere in den letzten Monaten allerdings auch ein sich zuspitzender Diskurs über Migration und Flucht. Immer häufiger sehen wir, wie sich politische Forderungen von wissenschaftlichen Grundlagen oder den gemeinsamen Zielen von Humanität, Sicherheit und Ordnung weit entfernen und es lediglich darum geht, Migration immer stärker zu begrenzen.

Als GRÜNE NRW widersprechen wir dem Narrativ, dass Migration ein Sicherheitsproblem darstelle und die Intensivierung von Abschiebungen zu einem Gewinn an Sicherheit führen.

Was Deutschland sicherer macht, ist eine Innenpolitik, die auf Fakten basiert, individuelle Rechte verteidigt und die Demokratie sowie unsere Art des Zusammenlebens schützt.

Populistische Schnellschüsse und Symbolpolitik helfen nicht weiter, sie schaden! Wir brauchen eine Innen- und Migrationspolitik, die sich den realen Herausforderungen stellt – mit klugen Konzepten, gezielter Prävention und dem festen Willen, Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit im Sinne der Vielen gemeinsam zu denken. Dabei müssen wir vor dem Hintergrund einer angespannten Haushaltslage Prioritäten setzen, um eine offene Gesellschaft zu ermöglichen und zu verteidigen. Wir fordern daher:

- Den Aufbau interdisziplinärer Einsatzteams, in denen Polizei, Sozialarbeit, Psychologie und weitere Fachrichtungen gemeinsam agieren. So können besonders komplexe Lagen – etwa bei häuslicher Gewalt, psychischen Ausnahmesituationen oder Bedrohung durch Radikalisierung – besser und differenzierter bewältigt werden.

- Eine feministische Innenpolitik ein, die betroffene Frauen sowie trans- und nichtbinäre Menschen ernst nimmt, ihnen Schutzräume bietet und Gewalt gezielt verhindert. Dazu gehört auch die gesellschaftliche wie strafrechtliche Anerkennung von Femiziden.

- Eine faktenbasierte und ursachenorientierte Sicherheitspolitik: Statt nur auf Repression zu setzen, wollen wir dort ansetzen, wo Unsicherheiten und

Extremismus entstehen – mit starker Prävention, einer gut ausgestatteten Zivilgesellschaft und konsequenter Deradikalisierung.

- Die Orientierung unserer Integrations- und Migrationspolitik an der Vielfalt als Stärke, Menschenrechten und gelebter Humanität. Unser Interesse liegt darin, alle aufenthaltssichernden Bleiberechtsregelungen so auszuschöpfen dass alle Geflüchteten eine Bleibeperspektive erhalten können.

- Zur Schaffung gelingender Integration sind alle gefordert. Daher ist die Schaffung von Teilhabe in Form von Sprache, Wohnort und der Möglichkeit einer Arbeit nachzugehen oberste Priorität unserer Integrationspolitik. Dabei spielt auch eine angemessene Gesundheitsversorgung wie niedrigschwellige therapeutische und weitere geschlechterdifferenzierte Angebote eine wichtige Rolle, um Retraumatisierungen zu vermeiden. Psychologische Screenings bei den gesetzlich vorgeschrieben Eingangsuntersuchungen sind hingegen unpraktikabel und stigmatisieren. Die nötigen finanziellen Ressourcen ermöglichen einen wichtigen Schritt zu einer sicheren Gesellschaft für alle Menschen, die im Land nach Glück, Freiheit und eben dieser Sicherheit streben.

- Wir brauchen ein erklärendes und offenes Gesundheitssystem, das diskriminierungsfrei die notwendige Versorgung bietet. In NRW existiert eine Rahmenvereinbarung zwischen Ministerium und Krankenkassen, der die Kommunen beitreten können. Hierdurch erhalten Geflüchtete eine diskriminierungsfreie Gesundheitskarte. Dem sollten sich möglichst viele Kommunen anschließen. Sprachmittler und digitale Übersetzungsangebote sind dabei zwingend notwendig.

- Der Freiheitsentzug dabei darf nicht zu einem gewöhnlichen Mittel von Rückführungen werden. Bereits jetzt verfügt das Land Nordrhein-Westfalen mit der Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige (Ufa) zum Vollzug von Abschiebehaft Büren über die bundesweit größte Einrichtung dieser Art, um Abschiebehaftlätze vorzuhalten. Klar ist: Die Notwendigkeit einer Vielzahl von Abschiebeplätzen ist kein Ausweis einer besonders starken und sicheren Politik. Denn grundsätzlich gilt, dass eine auf Abschreckung angelegte Migrationspolitik weder zu mehr Sicherheit noch zu mehr Steuerung von Migrations- und Integrationsprozessen führt. Unser Ziel ist es, mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Partei, Fraktion und Kabinett durch unsere Innen- und Migrationspolitik echte Sicherheit zu ermöglichen und populistischer, menschenverachtender Politik den Nährboden zu entziehen.

- Wir wollen die Notwendigkeit von vorzuhaltenden Abschiebehaftplätzen und die damit im Zusammenhang stehenden Ressourcen durch eine wirksame Innen- und Migrationspolitik so weit wie möglich reduzieren und verhindern, dass Menschen überhaupt in Abschiebehaft genommen werden müssen.

Variante 1:

- Das Ziel ist dementsprechend, die Kapazitätsauslastung der 175 Plätze in der Ufa in Büren so weit wie möglich zu verringern sowie die Notwendigkeit

des Baus einer neuen Ufa mit 140 Plätzen in Mönchengladbach noch während der laufenden Planungsphase umzukehren und die Maßnahme zu verhindern.

Variante 2:

- Wir werden daher die Notwendigkeit immer wieder evaluieren und aus sinkender Notwendigkeit auch Konsequenzen im Bereich des Vorhaltens von Abschiebeplätzen ziehen. Dies gilt auch mit Blick auf die geplante neue Ufa in Mönchengladbach.

- Die Krisenfestigkeit unserer Gesellschaft zu stärken und in diesem Kontext den Katastrophen- und Zivilschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe definieren – in enger Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen.

- Innenpolitik mit sozialer Gerechtigkeit stärker zusammenzudenken:
  Bußgelder und Ordnungswidrigkeiten dürfen nicht nur Menschen mit kleinem Einkommen besonders hart treffen. Deshalb fordern wir eine stärkere Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit in der Praxis von Ordnungsrecht und Justiz.

Begründung

Unter dem Eindruck der Bundestagswahl und dem konsequenten Erstarken rechter Kräfte wollen wir als GRÜNE JUGEND NRW in die Debatte gehen, um im Diskurs gemeinsame Lösungen für eine anschlussfähige und wirksame progressive Politik zu finden. Dazu gehört auch, eine konsequente linke Gegenerzählung zu menschenfeindlichen Narrativen zu entwickeln und ihr durch unser konkretes politisches Handeln Glaubwürdigkeit zu verleihen. In Nordrhein-Westfalen können wir einen wichtigen Teil dazu beitragen, dem Schiefstand in der innen- und migrationspolitischen Debatte entgegenzuwirken. Der Zusammenhang zwischen mehr Abschiebungen und mehr Sicherheit ist nicht bloß irreführend, er ist gleichermaßen falsch wie gefährlich. Wenn wir Hoffnung über Angst, Vielfalt über Repression gewinnen lassen wollen, dann wird es ein Kampf. Und dieser Kampf ist ein gemeinsamer!

Dort, wo Abschiebungen stattfinden, müssen wir eine rechtsstaatliche, gerechte und humanitär verantwortungsvolle Abschiebepraxis gewährleisten. Abschiebehaft stellt hier nur das äußerste Mittel und einen schwerwiegenden Eingriff in den grundrechtlich geschützten Freiheitsbereich eines Menschen dar. Sie unterliegt in jedem Einzelfall einem Richter*innenvorbehalt, und darf erst dann greifen, wenn alle vorrangigen milderen Mittel als Alternative ausgeschöpft worden sind. Diese Urteile steigen aktuell, somit muss ein Staat auch der Durchsetzung, also dem Bedarf an Abschiebehaftplätzen gerecht werden. Wir setzen uns politisch dafür ein, dass dieser Bedarf durch eine wirksame Innen- und Migrationspolitik sinkt und der Staat somit auch Konsequenzen für die Planung und den Bau von Abschiebehaftplätzen ziehen kann.

Daher sind wir als Landesvorstand der Grünen Jugend mit dem Landesvorstand von GRÜNE NRW frühzeitig ins Gespräch gegangen, um in einem intensiven aber vor allem vertrauensvollen und konstruktiven Prozess um gemeinsame Lösungen zu ringen. Viele konnten gefunden und beinahe alle in einem Antrag geeint formuliert werden. Wir als Grüne Jugend NRW haben das Ziel eine ablehnende Haltung zum geplanten Bau einer Unterbringungsanstalt für Ausreisepflichtige (UfA) in Mönchengladbach zu formulieren. In enger Abstimmung mit dem Landesvorstand der GRÜNEN NRW wurde unser Antrag ergänzt um eine Vielzahl von Forderungen, die zwischen uns und dem

Landesvorstand GRÜNE NRW politisch geeint sind und die wir in die innenpolitische Debatte in Nordrhein-Westfalen einbringen wollen.

Wir bringen daher einen Antrag ein, der in einem gemeinsamen Prozess ausgearbeitet, verhandelt und damit immer wieder im positiven Sinne weiterentwickelt wurde.

Unsere Stärke - als Grüne Jugend wie als Grüne Partei - ist unsere Debattenkultur, unser Ringen im Sinne der Sache. Vor diesem Hintergrund konnten wir keine gemeinsame Formulierung zur geplanten UfA in Mönchengladbach finden. Als Grüne Jugend NRW werben wir für das Bekenntnis, die Planung zu stoppen und den Bau zu verhindern. Eine bloße Evaluierung dieser Maßnahme mit der möglichen Konsequenz nicht zu bauen reicht nicht aus, weil wir in der Maßnahme des Baus einer weiteren UfA einen direkten Widerspruch zu einer Kurskorrektur hin zu einer gerechten Innen- und Migrationspolitik sehen. Auch in diesem Punkt haben wir lange um eine gemeinsame Position gerungen und sind ihr nahe gekommen. Da wir sie vorab jedoch nicht einen konnten und für eine unterschiedliche Formulierungen werben, wollen wir die beiden Alternativen zusätzlich zum gesamten Antrag der LDK zur Debatte vorlegen. Das Ergebnis wird dann im Stile aller bisherigen Verhandlungen ein Gemeinsames sein!